

Policy Brief

Open Social Innovation in Deutschland verstetigen

Lektionen aus dem #WirvsVirus Experiment

10. März 2021

Prof. Thomas Gegenhuber, Leuphana Universität Lüneburg
Prof. Johanna Mair, Hertie School und Stanford University
René Lührsen, Hertie School
Laura Thäter, Hertie School

#COVID-19
#WirvsVirus
#OpenSocialInnovation

Das Open Social Innovation Experiment #WirvsVirus mobilisierte Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft (Zivilgesellschaft, Verwaltung und privatem Sektor) um gemeinsam an der Bewältigung der Covid-19 Krise zu arbeiten. Das Programm bestand aus einem Sprint (der Hackathon zur Ideenentwicklung) und einem Marathon (Umsetzungsprogramm zur Unterstützung der Innovator*innen). #WirvsVirus hat in mehrerlei Hinsicht Wirkung entfaltet, von Lösungen zur Krisenbewältigung bis zur Bildung von sektorenübergreifenden Netzwerken. Das Experiment verlief nicht perfekt. Für alle Beteiligte gibt es noch viel zu lernen. Eine zentrale Lektion ist die Notwendigkeit die Rahmenbedingungen für Open Social Innovation zu verbessern – dazu unterbreitet dieser Policy Brief sieben Vorschläge.

Dieser Teil des Forschungsprojekts wird unterstützt vom Vodafone Institut für Gesellschaft und Kommunikation



**Vodafone Institut
für Gesellschaft
und Kommunikation**

1 Gemeinsam Krisen meistern als Impuls zur Gestaltung gesellschaftlichen Wandels

Deutschland steht vor zahlreichen Herausforderungen. Diese waren vor der Covid-19 Krise bekannt und wurden zum Teil durch diese verschärft: Wie können wir in der Digitalisierung aufholen, sei es um die öffentliche Verwaltung bürger*innen-orientierter aufzustellen, soziale Dienstleistungen effektiver anzubieten oder digitale Kompetenzen in allen Bereichen des Bildungssystems aufzubauen? Wie können wir sicherstellen, dass wir bei anderen Herausforderungen, wie etwa die Klimaerwärmung, als Gesellschaft besser und schneller agieren können?

Antworten auf diese Fragen finden sich in Koalitions- und Parteiprogrammen, Thesenpapieren, diversen Sachbüchern, wissenschaftlichen Studien und werden in den (sozialen) Medien inhaltlich diskutiert. **Es braucht aber darüber hinaus auch ein Nachdenken über die Methoden wie eine Gesellschaft die Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen organisieren kann.** Über mögliche Maßnahmen zu reden ist relativ einfach. Handlungen anzustoßen für systemische Veränderung ist ungleich schwieriger. Angesichts der Problemkomplexität stellt sich die Frage, wo die Veränderung beginnen soll. Lösungen für Probleme müssen innerhalb eines sozialen Systems verortet werden und diese Systeme haben eine Resistenz gegen Veränderungen. Die Menschen müssen bereit sein, die Reise, so beschwerlich sie auch sein mag, mitzugehen.

Angesichts dieser Ausgangslage stellt sich folgende Frage: **Wie können wir Lösungen für komplexe Probleme identifizieren und ein Momentum erzeugen, das möglichst viele Menschen auf die Reise mitnimmt?** Eine Antwort ist es, Formate und Strukturen zu unterstützen, die Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen dazu aufrufen, sich an der Entwicklung von Lösungen zu beteiligen. Diese Lösungen werden in einem kleinen Rahmen erprobt und, wenn ihre Wirkungen bewiesen sind, skaliert. Dieser Ansatz wird unter dem Begriff „*Open Social Innovation*“ diskutiert und hat bis vor kurzem ein Nischendasein in Deutschland gefristet.

Soziale Innovation generiert neue und wertvolle Produkte, Dienstleistungen und Praktiken welche darauf abzielen, zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beizutragen. **Man spricht von *Open Social Innovation* als Methode, wenn ein öffentlicher Aufruf an alle Bereiche der Gesellschaft (Zivilgesellschaft, Verwaltung, privater Sektor) ergeht, sich an der Entwicklung von Lösungen entlang des gesamten sozialen Innovationsprozesses zu beteiligen.** Dieser Aufruf kann seinen Ursprung in der Zivilgesellschaft haben oder vom Staat initiiert werden. Der *#WirvsVirus* Hackathon und sein sechs-monatiges Umsetzungsprogramm (*siehe Infobox zu #WirvsVirus auf Seite 3*) haben bewiesen, dass ein offener Ansatz, der auf die Zusammenarbeit von Menschen aller gesellschaftlichen Sektoren setzt, in mehrfacher Hinsicht Wirkung entfaltet:

- Erstens, ***#WirvsVirus* führte zu Lösungen für eine bessere Krisenbewältigung** (z.B. Verbesserung der Gesundheitsämter-Software SORMAS für das Corona-Management). Das kreative, schöpferische Potenzial der Bürger*innen zu mobilisieren kann darüber hinaus die Reaktionsgeschwindigkeit der öffentlichen Verwaltung erhöhen (z.B. UDO, ein Chatbot zur Beantragung von Kurzarbeit wurde von der Bundesagentur für

Arbeit bereits zwei Wochen nach dem Hackathon auf deren Webseite integriert).

- Zweitens, **die Teilnehmer*innen im Hackathon und im Umsetzungsprogramm reagierten mehrheitlich positiv auf die Einladung der Politik die Initiative zu ergreifen**. Digitales Ehrenamt bzw. Engagement kann die in der Bevölkerung brachliegende Expertise zur Lösung gesellschaftlicher Probleme mobilisieren.
- Drittens, **die Methode beflügelte Lernprozesse und die Netzwerkbildung**. Das Lernen reichte dabei vom Aneignen von Wissen über neue digitale Tools und Arbeitsweisen bis hin zu einem besseren Verständnis für die Spielregeln verschiedener sozialer Welten – die Grundlage für erfolgreiche Zusammenarbeit. Zum Beispiel arbeiteten Menschen aus dem Tech-Start-Up-Bereich mit Menschen aus dem sozialen Sektor zusammen. Lernen und Netzwerkbildung schaffen einen großen Mehrwert und können eine Ressource für die Bewältigung künftiger Herausforderungen darstellen.

Der #WirvsVirus Hackathon und das Umsetzungsprogramm

Der #WirvsVirus Hackathon wurde organisiert von zivilgesellschaftlichen Organisationen unter der Schirmherrschaft der Bundesregierung. Die Organisator*innen (Code for Germany, D21, Impact Hub Berlin, Project Together, Prototype Fund, Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland und Tech4Germany) veröffentlichten zum ersten Lockdown im März 2020 einen Aufruf zur Lösung von Problemen die durch die Covid-19 Krise verursacht wurden. Insgesamt aktivierte der #WirvsVirus Hackathon rund 26.000 Bürger*innen, welche innerhalb von 72 Stunden rund 1.500 Ideen entwickelten.

Im Nachgang des Hackathons unterstützte das #WirvsVirus Umsetzungsprogramm 130 Innovator*innen sozialer Innovationsprojekte, um ihre Ideen weiterzuentwickeln und zu skalieren. Das Bundeskanzleramt übernahm die Patenschaft für das Umsetzungsprogramm. Private und öffentliche Stiftungen, Unternehmen sowie Philanthropen stellten finanzielle Mittel und Umsetzungskapazitäten (z.B. Beratungen, Pro-bono-Tätigkeiten) zur Verfügung.

Instrumente des Unterstützungsprogramms waren, unter anderem Networking-Möglichkeiten mit Expert*innen (z.B. Themenfeld Pat*innen), wöchentliche Calls zum Wissensaustausch und Community Building, Themen-Calls zur Know-How Vermittlung und eine digitale Plattform über welche die Innovator*innen Ressourcen von unterstützenden Unternehmen anfragen konnten (z.B. Rechtsberatungen). Durch dieses Umsetzungsprogramm unterscheidet sich #WirvsVirus von anderen Hackathons bei denen ein Strohfeuer an Prototypen und Ideen entsteht, aber im Nachgang oft keine Strukturen für die Umsetzung von Ideen geschaffen werden.

2 Sieben Vorschläge für die Stärkung von Open Social Innovation

#WirvsVirus hat gezeigt was machbar ist. Sicherlich gibt es auch viel zu lernen und zu verbessern. Mit besseren Rahmenbedingungen hätte #WirvsVirus noch mehr Wirkung entfalten können. Politische Entscheidungsträger*innen haben es in ihrer Hand die Verstetigung dieser Methode wesentlich zu unterstützen, indem sie zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beitragen. Unterstützen meint hier Spiel- und Denkräume in bestehenden Systemen zuzulassen, finanzielle Förderungen bereitzustellen, sowie Anerkennung für diese Art der Problemlösung zu steigern.

Handlungsfeld 1: Aufbau eines (Open) Social Innovation Ökosystems

Die Infrastruktur, um den Open Social Innovation Prozess durchzuführen, benötigt finanzieller Unterstützung. Private und öffentliche Förderpartner*innen (z.B. KfW Stiftung, BMW Foundation Herbert Quandt, Vodafone Institut etc.) finanzierten diese Infrastruktur. Damit wurden u.a. folgende Aktivitäten ermöglicht: Mobilisierung durch offenen Aufruf (z.B. Website für Aufruf erstellen und Aufruf bewerben), Begleitung und Moderation des gesamten sozialen Innovationsprozesses (z.B. Community Management) und zwischen verschiedenen Gruppen Kontakte herstellen und vermitteln (z.B. Vernetzungscalls zwischen Innovator*innen und Verwaltung).

Des Weiteren müssen Ressourcen für Innovator*innen bereitgestellt werden. **Ziel muss es sein, Innovator*innen entlang des Entwicklungszyklus – von der frühen (Produkt-) Entwicklungsphase, dem Testen und Verbessern der Lösung, über die Aufrechterhaltung innovativer Bemühungen, bis hin zur Skalierung – zu begleiten.** In der Frühphase wurden Projekte vor allem von den Teammitgliedern selbst getragen. Sie investierten ihre eigene Zeit, Expertise, Netzwerke und zum Teil auch eigene finanzielle Mittel. Zusätzliche finanzielle Unterstützung bekamen einige Innovator*innen in dieser frühen Entwicklungsphase durch BMBF-Mittel (auf Basis eines bestehenden Programms zur Finanzierung von Open Source Software, dessen Logik auf #WirVsVirus umgelegt wurde) sowie durch individuelle Stipendien. Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit war ein von Philanthropen gestützter Crowdfunding-Matching-Fond, der über die Plattform Startnext abgewickelt wurde. Weitere nicht-finanzielle Ressourcen wurden bereitgestellt über die „Solution Enabler“ Unterstützungsplattform (organisiert von Project Together) und das Accelerator Programm „Solution Builder“ gestaltet und durchgeführt von Impact Hub. In diesen beiden Programmelementen engagierten sich zahlreiche Unternehmen und Stiftungen (z.B. Google, BCG Digital Ventures, Ragnarson, Develocraft) durch Beratung bis hin zur produktiven Mitarbeit (z.B. Übernahme von Coding-Tasks oder Marketing-Aufgaben). **Bei mittleren und späteren Phasen im sozialen Innovationsprozess bestehen jedoch noch wesentliche Lücken.** Wie man solche Lücken füllen kann, zeigt die Björn-Steiger-Stiftung, die den Innovationsverbund Öffentliche Gesundheit in der Skalierungsphase unterstützt. Der Verbund ist ein Zusammenschluss von mehreren #WirvsVirus Projekten, um digitales und transparentes Corona-Management im Gesundheitssektor zu ermöglichen.

Es existieren zahlreiche Initiativen, Programme, Stiftungen und Investor*innen, die sich auf soziale Innovation spezialisiert haben. Aber insgesamt ist die Landschaft fragmentiert, die Anschlussfähigkeit zwischen unterschiedlichen Programmen nicht gegeben und es existieren unterschiedliche Interessen. Dies führt mitunter zu einem ineffizienten Einsatz von finanziellen Mitteln und Zeit aller Beteiligten: Der Fokus auf frühe Entwicklungsphasen kann dazu führen, dass das Rad ständig neu erfunden wird. Bei der Gestaltung und dem Design dieses Ökosystems sollten sowohl die Verwaltung, als auch verschiedenste Akteur*innen der Zivilgesellschaft, von Anfang an mitgedacht werden. Zum Beispiel könnten Wohlfahrtsverbände eine zentrale Rolle für die Skalierung sozialer Innovation spielen.

Bei der Frage der Finanzierung wollen wir betonen, dass Engagement nicht davon abhängig sein darf, ob es sich ein*e Bürger*in finanziell leisten kann. Mangelnde Unterstützung kann zu Exklusion und Mangel an Diversität führen – nicht jede*r Bürger*in kann sich ein längerfristiges intensives Engagement finanziell erlauben. Bessere Rahmenbedingungen führen daher zu höheren Verwirklichungschancen.

Schließlich muss im Ökosystem-Aufbau berücksichtigt werden, wie Bürger*innen für Herausforderungen mobilisiert werden können, wenn diese nicht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen bzw. medialen Aufmerksamkeit stehen. Daher gehen wir in unseren Empfehlungen auch darauf ein, wie für künftige Initiativen die Mobilisierungsmöglichkeiten ausgebaut werden können, um Bürger*innen für die Teilnahme zu gewinnen.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Folgendes:

Empfehlung 1: Finanzierungsmöglichkeiten ausbauen

Der Staat könnte als Moderator wirken und alle bestehenden Akteur*innen an einen Tisch bringen (z.B. Stiftungen, Wohlfahrtsverbände, Sozialunternehmer*innen, digitale Zivilgesellschaftsorganisationen, etc.). **Ziel ist es, aufeinander abgestimmte Ressourcen-Angebote (z.B. Förderungen, Kredite) entlang des sozialen Innovationsprozesses zu entwickeln.** Der Staat könnte anschließend etwaige Lücken durch eigene Programme schließen (z.B. soziale bzw. gesellschaftliche Gründerzeit und Ausweitung des EXIST Gründungsstipendiums um soziale Innovationsthemen). Potenzielle Sorgen etablierter Akteur*innen könnten gemindert werden, indem der Staat neue Finanzquellen für Open Social Innovation erschließt (z.B. Schöpfen von nachrichtenlosen Finanzwerten). Schließlich sollte geprüft werden, aus welchen Erfahrungen anderer Länder mit (digitalen) sozialen Innovationsstiftungen (z.B. Nesta UK) Deutschland lernen kann.

Empfehlung 2: Digitales Ehrenamt und Engagement stärken

Open Social Innovation profitiert von Intergenerationalität (alt und jung), Intersektoralität (Menschen aus allen gesellschaftlichen Sektoren beteiligen sich) und Diversität (Teilnehmer*innen reflektieren die Vielfalt der Bevölkerung). Mehr Vielfalt bei den Teilnehmer*innen erhöht die Chancen neue Probleme zu sehen, ein besseres Problemverständnis zu erlangen sowie besser auf die Perspektiven verschiedener Anwender*innengruppen einzugehen. Zudem erhöht Vielfalt die Legitimität der Methode: Anstatt eine männliche geprägte Start-Up Kultur zu reproduzieren, verfolgt Open Social Innovation das Ziel, verschiedene gesellschaftliche Gruppen in den Innovationsprozess einzubinden.

Eine **Möglichkeit junge Menschen zu unterstützen ist die Einführung eines freiwilligen sozialen Innovationsjahres**. Der Staat kann bei der Organisation eines solchen Ehrenamtes auf bereits bestehende Programme aufbauen, welche das Engagement begleiten und bestätigen (z.B. Project Together Programme, die auf einer Kohorten-Logik basieren).

Um die **Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer*innen** zu verbessern, können Unternehmen verstärkt auf **Corporate Volunteering Programme** setzen und deren Weiterbildungspotenzial nutzen. Eine weitere Möglichkeit ist die Etablierung von sozialen Innovationsprogrammen in Form von **Sabbaticals** (berufliche Auszeiten), die für die Lösung gesellschaftlicher Probleme genutzt werden. Diese gewährleisten professionelle Ansätze und ein gegenseitiges Lernen über Generationen und soziale Grenzen hinweg. Hierfür bedarf es gemeinsamer Weichenstellungen von Unternehmen und Staat. Unternehmen einigen sich auf Mindeststandards für zertifizierte Open Social Innovation Programme. Der Staat schafft Anreize durch steuerliche Vergünstigung für Teilnehmer*innen an diesen Programmen.

Um mehr Vielfalt zu erreichen, kann der Staat **Lern- bzw. Bildungsvereine fördern**, welche digitalisierungs- und innovationsbezogene Kompetenzen vermitteln (z.B. Coden, agile Prozesse) und gleichzeitig durch ihre Aktivitäten mehr Vielfalt in das bisher männer-dominierte Bild im Tech-Sektor bringen (z.B. neue digitale Lernkulturen). Mitglieder dieser Vereine könnten für Open Social Innovation Initiativen gewonnen werden. Exemplarische Beispiele für diese Vereine sind Code Curious Berlin oder die School of Machines, Making & Make-Believe.

Abschließend ist im Zusammenhang mit Empfehlung 1 zu betonen, dass digitales Ehrenamt und Engagement im Sinne der Nachhaltigkeit auch Hauptämter benötigt damit Projekte langfristig wirken können und jene die sich maßgeblich engagieren auch finanziell abgesichert sind.

Empfehlung 3: Potenzial von Bildungseinrichtungen als Motoren für sozialen Wandel nützen

Bei #WirvsVirus hat sich gezeigt, dass **Bildungseinrichtungen großes Rekrutierungspotenzial für Open Social Innovation Initiativen darstellen**. Gleichzeitig können Lernende den Wert von Engagement erfahren und praktische Fähigkeiten erlangen (z.B. Erfahrung in der Zusammenarbeit interdisziplinärer Teams).

Damit sich berufsbildende und allgemeinbildende Schulen an diesen Initiativen beteiligen **könnten die Länder Anreize für Projektwochenangebote setzen und Anrechenbarkeit für Praktika beschließen. Universitäten und Fachhochschulen können Lehrveranstaltungen anbieten**, in denen sich Studierende an Open Social Innovation Initiativen beteiligen. Die Einbringung wissenschaftlicher Expertise durch das wissenschaftliche Personal in Open Social Innovationsprojekten sollte für den Karriereweg (insb. beim Mittelbau) als wertvolle Transferleistung gewürdigt werden.

Handlungsfeld 2: Anschlussfähigkeit von Open Social Innovation zu Verwaltung und öffentlichem Sektor stärken

Open Social Innovation kann eine Methode sein, um Lösungen für Probleme und Herausforderungen zu generieren, die traditionell in der Verantwortung bzw. dem

Mandat der Verwaltung stehen.¹ Bei #WirvsVirus waren politische Entscheidungsträger*innen und Führungskräfte in Ministerien sichtlich überrascht von dem hohen Professionalitätsgrad ausgewählter Innovator*innen. Durch ausdauerndes bürgerliches Engagement wurden einige Lösungen bzw. Lösungsansätze geschaffen, für welche die öffentliche Hand üblicherweise große Umsetzungsbudgets veranschlagen müsste. Darüber hinaus führen traditionelle Beschaffungsprozesse aufgrund ihrer starren unflexiblen Struktur oft dazu, dass an den Bedürfnissen der Anwender*innen vorbeientwickelt wird. **Zahlreiche Kollaborationen zwischen Innovator*innen und Verwaltungen wurden ermöglicht durch Offenheit für Neues und Experimentierfreude. Hinter diesen Erfolgen stehen veränderungsbewusste Entscheidungsträger*innen, sei es auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene.** Diese Vorreiter*innen sind Vorbilder für einen notwendigen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Zu den Best-Practice Beispielen kann das GovLab der Bezirksregierung Arnsberg oder das Saarland gezählt werden, welche proaktiv mit Innovator*innen zusammenarbeiteten und sie bei der Entwicklung der Lösungen unterstützten.

Allerdings erreichten uns oft auch Berichte über Barrieren. Aus Sicht der Innovator*innen reichen diese von Desinteresse an Zusammenarbeit, über Interessensbekundungen zur Zusammenarbeit ohne Folgeschritte, bis hin zu einer verniedlichenden Einstellung gegenüber den Leistungen, die zivilgesellschaftliche Innovator*innen erbringen können. Dafür gibt es mehrere Gründe. Für die Verwaltung ist es eine Herausforderung, eine offene Innovationskultur mit den Erfordernissen einer Verwaltungslogik in Einklang zu bringen. Das Problem ist, dass die Verwaltung auf Zusammenarbeit mit etablierten (und meist großen) Organisationen getrimmt ist. Dadurch fällt es schwer, flexible, kleine Innovator*innen-Teams einzuordnen und wertzuschätzen. Schließlich kann eine Zusammenarbeit auch einfach daran scheitern, dass nicht jede Lösung, die aus der Zivilgesellschaft kommt, automatisch eine gute Lösung ist.

Daraus ergeben sich folgende Empfehlungen:

Empfehlung 4: Organisatorische und kulturelle Schnittstellen aufbauen

Open Social Innovation fördert die Etablierung „neuer Arbeitsweisen“ in der öffentlichen Verwaltung, wie etwa agile und user-zentrierte Methoden. **Das Praktizieren von „neuen Arbeitsweisen“ in der öffentlichen Verwaltung erleichtert die Zusammenarbeit mit externen Innovator*innen.** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) experimentiert beispielsweise mit sogenannten „User Journeys“, um bereit vor dem Start eines klassischen Gesetzgebungsvorgangs ein besseres Verständnis darüber zu bekommen, wie diese Gesetze die Lebensrealitäten von Bürger*innen ändern würden.

Eine weitere Maßnahme ist der **gezielte Aufbau von Open Social Innovation Kompetenzen.** Verwaltungen müssen lernen zu „kuratieren“. Kuratieren beinhaltet „externe“ Ideen zu bewerten, zwischen umsetzungsrelevanten Akteur*innen zu vermitteln und, wenn funktional tauglich, zu integrieren. Angesichts der Rolle der

¹ Die Empfehlungen sind zum Teil übertragbar auf Wohlfahrtsverbände und deren Zusammenarbeit mit Innovator*innen.

öffentlichen Verwaltung als volumenstarke*r Einkäufer*in, ist dies eine essentielle Fähigkeit. Folgende Maßnahmen sind dafür notwendig: Führung mit Vorbildfunktion, Zielvorgaben, entsprechende Rekrutierungs- und Personalpolitik (inklusive ausreichende Personalressourcen) und der Ausbau von Austauschformaten und Anerkennungsritualen (z.B. erfolgreiche Integration von externen Ideen als Erfolg zu feiern).

Die Etablierung von eigenen organisatorischen Einheiten (z.B. Innovation-Labs, Innovationsagenturen, Transferzentren), sowie designierten Rollen (z.B. Innovationsscouts) können den Kompetenzaufbau unterstützen. Bei einer zu losen Koppelung solcher Einheiten an Verwaltungshierarchien besteht jedoch die Gefahr, dass diese Einheiten als Fremdkörper wahrgenommen werden und daher nicht effektiv operieren können.

Empfehlung 5: Open Social Innovation - Best-Practice-Katalog schafft Klarheit

Für Mitarbeiter*innen in den öffentlichen Verwaltungen stellen sich rechtliche Fragen: Wie kann sich die Verwaltung proaktiv einbringen und mit Innovator*innen zusammenarbeiten, ohne bestehende Vorschriften und Konventionen zu verletzen (z.B. in Bezug auf das Neutralitätsgebot oder Ausschreibungsfragen)? **Um Berührungspunkte und Unsicherheiten abzubauen, wäre das Erstellen eines öffentlich-zugänglichen Best-Practice-Katalogs mit erfolgreichen Beispielen sinnvoll.**

Empfehlung 6: Umsetzungswege für den Föderalismus schaffen

Dezentralisierung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips bietet Chancen: Lokale Behörden kennen die Bedürfnisse und Probleme ihrer Bürger*innen am besten. Zahlreiche Innovator*innen konnten ihre Lösungen auf Kommunal-, Regional- und Landesebene testen. **Es fehlen jedoch Prozesse, die die Skalierung wirkungsvoller Lösungen im Föderalismus organisieren.** Einen Lösungsansatz bietet das Beispiel von #WirFürSchule: Die Innovator*innen konnten ihre Lösungen der Kultusminister*innenkonferenz präsentieren. Auch wenn diese Chance zu wenig konkreten Angeboten führte, war es ein richtiger Schritt im Rahmen der Koordinations- und Skalierungsbemühungen.

Bei Open Social Innovation Initiativen, die auf kommunaler Ebene realisiert werden, ist darauf zu achten, wie Erfahrungen aus Best-Practice Projekten mit anderen Kommunen oder Ländern geteilt werden können. Einbeziehung von Netzwerken der kommunalen Spitzenverbände ist ein Lösungsansatz (z.B. der deutsche Städte- und Gemeindebund verfügt über einen „Innovators Club“ mit rund 100 Bürgermeister*innen). Schließlich könnten Bund und Länder mit Transferformaten (z.B. Barcamps) und finanziellen Anreizen unterstützen, dass Best-Practice Lösungen aus einem Kontext (von Kommune A) auf einen anderen Kontext (zu Kommune B) übertragen werden.

Empfehlung 7: Datenzugänge für Innovator*innen ermöglichen

Open Government Data beschreibt das Ziel, Datensätze des Staates in maschinenlesbarer Form für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Datensätze können von Innovator*innen genutzt werden, um Applikationen zu entwickeln (z.B. die Initiative Coronavis entwickelte eine für alle zugänglich gemachte Übersicht über die Intensivbettenkapazitäten in Deutschland). In unseren Interviews wurde uns auch

berichtet, dass öffentliche bzw. öffentlich finanzierte Stellen den Datenzugang verwehrt haben. **Die deutsche Bundesregierung hat vor kurzem eine Datenstrategie beschlossen, die darauf abzielt mehr Datensätze der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Um zivilgesellschaftlichen Innovator*innen einen hürdenlosen Datenzugang zu ermöglichen, sollte diese Strategie rasch umgesetzt werden.**

3 Open Social Innovation als Methode der politischen Teilhabe

Open Social Innovation muss nicht notwendigerweise mithilfe eines Hackathons initiiert werden – auch andere Formate zur Organisation des Innovationsprozesses sind denkbar (z.B. Barcamps, Innovationswettbewerbe, Inkubator-Programme, etc.). **Insgesamt stellt diese Methode eine Chance dar, das Verhältnis zwischen Staat und Bürger*innen neu zu denken.** Demokratie ist mehr als die Möglichkeit die eigene Stimme bei der Wahl abzugeben. Open Social Innovation geht über übliche Formen der Bürger*innenbeteiligung hinaus (z.B. Einbringung von Meinungen bei Konsultationsprozessen): Die Open Social Innovation Methode bietet die Chance zu Bürger*innenengagement – also zum proaktiven Handeln .

Wir hoffen, dass politische Entscheidungsträger*innen das durchaus notwendige Potenzial für die Weiterentwicklung von Open Social Innovation sehen. Künftige Aufrufe Initiative zu ergreifen, ohne die (strukturellen) Rahmenbedingungen für diese zu verbessern, kann jedoch die Legitimität der Methode gefährden. Teilnehmer*innen könnten das Gefühl bekommen, dass diese Einladung zum gemeinsamen Handeln nicht ernst gemeint ist. Das würde die Zielsetzung, gemeinsam und sinnstiftend an Veränderungen zu arbeiten, gefährden. Denn #WirvsVirus ist nicht das erste Experiment, das auf Bottom-Up-Prinzipien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme setzt. Aus der Zivilgesellschaft heraus entstanden 2015 zahlreiche digitale Flüchtlingsprojekte. Das Fazit aus dem Feld: Es gibt Beispiele in denen die Einbettung einiger Projekte in bestehende Systeme gelang, aber die Berichte über systemische Hürden überwiegen. Der vorliegende Policy Brief zeigt, dass diese Hürden weiterhin vorhanden sind. Es gibt also noch viel zu tun.

Deutschland kann von anderen Ländern lernen und sich die Frage stellen: Welche Elemente lassen sich in den deutschen föderalen Kontext übertragen? Taiwans Digitalpolitik beispielsweise, unter der Ägide von Audrey Tang, begrüßt es ausdrücklich, wenn die Zivilgesellschaft proaktiv digitale Dienstleistungen zur Verbesserung bestehender Probleme hackt. Was könnte diese Haltung für Deutschland bedeuten? Ein Beispiel hierfür ist die Corona-App. In unseren Interviews haben einige Innovator*innen die Corona-App thematisiert. Die prinzipielle Entscheidung sie an ein großes Konsortium zu geben, fand grundsätzlich Zustimmung. Es gab aber Kritik daran, dass von Beginn an die #WirvsVirus Hackathon Ergebnisse nicht berücksichtigt wurden. In der Zwischenzeit besteht eine Wissensteilung zwischen #WirsvVirus Teams und dem Corona-App-Konsortium zu einzelnen Features. Dennoch stellt sich die Frage, ob man solche Kollaborationen nicht von Beginn an hätte forcieren können? Das würde beispielsweise bedeuten einen Ökosystem-

fördernden Ansatz zu verfolgen, der die Zivilgesellschaft dazu auffordert beim Entwickeln neuer Funktionen mitzuwirken und diese somit schneller realisieren zu können.

Abschließend möchten wir einen Blick nach vorne wagen. **Es gibt zahlreiche Themen, die für Open Social Innovation geeignet sind.** Ein politisches Projekt in Europa ist Digitalisierung und Nachhaltigkeit zusammen zu denken (z.B. für die Umsetzung des „Green European Deals“ sieht die EU-Kommission in der digitalen Transformation eine zentrale Rolle). Um Momentum für diese Thematik zu generieren, bietet es sich an, das kreative Potenzial der Bürger*innen zu nutzen und diese in die Entwicklung und Umsetzung von Digital- und Nachhaltigkeitsstrategien einzubinden. Bei einer von der Verwaltung ausgehenden Einladung zur Zusammenarbeit ist im Voraus zu definieren, welche Herausforderungen gestellt werden und wer die Ansprechpersonen in der Verwaltung für Innovator*innen sind. Zudem gilt es schon zu Beginn des Prozesses proaktives Erwartungsmanagement zu betreiben. Dies bedeutet Verständnis dafür zu schaffen, was durch diese Zusammenarbeit machbar ist und was nicht.

Das #WirvsVirus Begleitforschungsprogramm

Seit dem Start des Hackathons begleiten Prof. Johanna Mair (Hertie School und Stanford University) und Thomas Gegenhuber (Leuphana Universität und JKU Linz) gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen René Lührsen und Laura Thäter den #WirvsVirus Hackathon und das Umsetzungsprogramm. Ziel ist es zu erforschen, welche Lehren aus diesem Experiment für künftige Initiativen gezogen werden können.

Das Forschungsteam sieht sich als Lernpartner*innen dieses Experiments: Neben regelmäßigem Austausch mit den #WirvsVirus Organisator*innen schuf das Forschungsteam eine respektvolle, kollaborative Umgebung für gemeinsames Lernen mit allen beteiligten Interessensgruppen. Das Forschungsteam verfolgte das Phänomen in „Echtzeit“. Die Datenerhebung besteht aus 200+ semi-strukturierten Interviews mit allen Interessensgruppen (Teams, Organisator*innen, Pat*innen und Unterstützer*innen, sowie politische und zivilgesellschaftliche Akteur*innen), Dokumentenanalyse (z.B. Analyse von Medienartikel) sowie teilnehmende Beobachtungen (z.B. Teilnahme an Community-Calls). Die ersten Ergebnisse aus dieser Forschungsphase sind der Learning Report und der vorliegende Policy Brief.

Das Forschungsprojekt wird vom Bundeskanzleramt befürwortet und dieser Teil des Forschungsprojekts wird finanziell vom Vodafone Institut unterstützt.

Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autor*innen wieder. Veröffentlichung unter Creative Commons Lizenz CC BY-ND. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig • Originalfassung • Hertie School, 2021

Friedrichstraße 180
D – 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 467 26 09 – 01

Online: www.hertie-school.org
Twitter: @thehertieschool
E-Mail: gegenhuber@leuphana.de
mair@hertie-school.org